aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

53 Juni 2025 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso — revolutionär sozialistische organisation

RASSISMUS
Worin wurzelt Polizeigewalt? Seite 2

DEUTSCHLAND
Linkspartei – was ist neu? Seite 4

GESELLSCHAFT
Kapitalismus macht behindert Seite 5

BILDUNG
Kaputtgesparte Unis: Wir machen nicht mit! Seite 6

INTERNATIONAL
- Israel bombardiert und Deutschland ist Komplize
- Internationalistische Konferenz in Paris

ab Seite 8

AUS DEN BETRIEBEN
- Streik bei der Charité in Berlin
- Interview drei Jahre Tarifvertrag Entlastung

ab Seite 12

REZENSION
„Mo“ auf Netflix Seite 15

Die Welt in Flammen, Kapitalismus am Schwimmen – und Netflix bringt Popcorn

Ende Mai hat die israelische Armee eine neue Großoffensive im Gazastreifen gestartet. Der Genozid und die Vertreibung der Palästinenser:innen geht in die nächste grausame Runde. Die offensichtliche Unmenschlichkeit und die anhaltenden Proteste weltweit nötigen diverse westliche imperialistische Länder zu Kritik an Israel – sie bleiben trotzdem treue Verbündete ihres Pitbulls im Nahen Osten. Auf Netflix läuft eine Komödie, in der die Geschichte Palästinas anhand der Geschichte eines Palästinensers in Houston (USA) immer wieder aufploppt.

Der Polizeimord an dem Jugendlichen Lorenz blieb auch nicht ohne Antwort. Diese Tat ist eine mehr, die ein Beispiel gibt, wie der Staatsapparat die Interessen und die Ordnung der Herrschenden durchsetzt.

Der Kapitalismus kostet uns auch in anderen Bereichen unsere Zukunft. Unis und Schulen werden kaputtgespart, auch im Gesundheitsbereich fehlt es an Geld, und die Arbeitsbedingungen sind unerträglich. Lösungen dagegen zeigen Proteste im Bildungsbereich und Streiks in den Krankenhäusern auf. Kapitalismus macht behindert, sagen Betroffene und geben eine Antwort durch ihre Proteste.

Der große Wahlerfolg der Linkspartei in Deutschland und der Zustrom Zigtausender neuer Mitglieder zeigt, dass sozialistische Ideen Konjunktur haben. „Reform oder Revolution“? Das bleibt noch immer die Frage. Wie eine Politik der internationalistischen, revolutionären Kräfte aussehen kann, wurde auf einer Konferenz in Paris mit 30 Gruppen aus verschiedenen Ländern diskutiert. There is only one solution ... revolution! ■

Worin wurzelt Polizeigewalt?

Am 20. April wurde Lorenz A. in Oldenburg von der Polizei mit 4 Schüssen in den Rücken getötet. Noch bevor Fakten auf dem Tisch lagen, begannen Medien wie „Bild“ und „Spiegel“[1] Lorenz als „polizeibekannt“ darzustellen. Die bürgerliche Presse schob die Schuld dem Opfer zu und lenkte von der Rolle der Polizei ab. Doch was hier geschah, war kein tragischer Einzelfall. Es war Mord und einer der schrecklichsten Ausdrücke von Polizeigewalt.

„Kein Freund, kein Helfer“

Dieser Spruch, der die offizielle Darstellung der Polizei kritisiert, war auf vielen Schildern auf Demos zu sehen, denn der Mord an Lorenz blieb nicht ohne Reaktion. Bekannte des 21-Jährigen, die die Initiative „Gerechtigkeit für Lorenz“ gegründet haben, sowie 10.000 Demonstrant:innen versammelten sich am 25. April in der Oldenburger Innenstadt und stellten dabei die Rolle sowie die Befugnisse der Polizei in Frage. Die Wut und Trauer, die dort, aber auch deutschlandweit, zum Ausdruck kamen, kann man nur nachvollziehen. Insbesondere, wenn wir auch die ganzen letzten Jahre mit in den Blick nehmen. Der Mord an Oury Jalloh 2005 in Dessau oder der an Mouhamed Dramé 2022 in Dortmund durch 6 Schüsse … Dies sind nur einige Namen einer allzu langen Liste. Allein 2024 wurden 22 Tötungen durch die Polizei gezählt.[2]

Solche Taten zeigen die grausamen Zähne des angeblichen „Rechtsstaates“, denn die Untersuchung des Mordes an Lorenz wurde der Polizei Delmenhorst übergeben, die selbst 2021 wegen des Todes von Qosay K. in Polizeigewahrsam eines rassistischen Polizeimordes verdächtig war. Selbst das Verbrennen von Oury Jalloh mit zahlreichen belegten Rechtswidrigkeiten wurde nie juristisch aufgeklärt, da die SPD einen Untersuchungsausschuss ablehnte.[3] In Deutschland werden 90 % der Verfahren wegen Polizeigewalt eingestellt, nur zwei Prozent landen überhaupt vor Gericht. So zeigt sich, wie die Polizei praktisch nie zur Rechenschaft gezogen wird und dieses System sich selbst schützt. Die Aufklärung oder sogar das Bekanntwerden solcher Fälle bleibt oftmals der Handarbeit von Betroffenen und Aktivist:innen von Initiativen wie der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) zu verdanken.

Wenn Politiker:innen zu Vertrauen auf den Rechtsstaat und zum Ruhe Bewahren aufrufen, zeigt sich dadurch einzig ihre Heuchelei. Zeitgleich zu diesem neuen Mord rüstet die deutsche Polizei immer weiter auf. So wird in Baden-Württemberg und in Bayern über ein Gesetzesänderung diskutiert, die DNA-Tests zur Herkunftsbestimmung von Täter:innen ermöglichen soll. Mit technischen Argumenten wird dabei das rassistische Narrativ über Kriminalität befeuert (siehe Kasten) und somit eine Art Rassenlehre 2.0 geschaffen. Taten wie der 9-fache rassistische Mord von Hanau 2020 geschehen auch deshalb, weil Shishabars als höchst gefährliche Orte beschrieben wurden und damit rassistischen Tätern ideologisch der Weg bereitet wurde. Ganz zu Schweigen

» Die Schlagstöcke von Polizist:innen lernen nicht nur Opfer rassistischer Gewalt kennen, sondern in den letzten Jahren vermehrt auch Aktivist:innen und Demonstrant:innen. Das ist klarer Ausdruck davon, welche Ordnung die Polizei aufrechterhält. «

Rassistische Propaganda mit Zahlen

Traue nie einer Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast …

Längst ist es nicht mehr nur die AfD, die ständig Horroszenarien über „Ausländerkriminalität“ beschwört und so tut, als könne man aufgrund von Migration seines Lebens hierzulande nicht mehr sicher sein. Besonders im Wahlkampf haben die Politiker:innen der großen Parteien ins selbe Horn gestoßen, allen voran der jetzige Bundeskanzler Merz. Im Januar behauptete er, es gebe „täglich stattfindende Gruppenvergewaltigungen aus dem Milieu der Asylbewerber“. Eine dreiste Lüge, wie ein Faktencheck aufdeckte.[1]

Um das Bild der „kriminellen Ausländer“ zu beschwören wird häufig auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) verwiesen, in der der Anteil „nichtdeutscher Tatverdächtiger“ regelmäßig höher ist als der Anteil von Nichtdeutschen in der Bevölkerung. Doch zum Teil werden in diese Statistiken „Verbrechen“ einbezogen, die Deutsche gar nicht begehen können, wie illegale Grenzübertritte. Sodann kann diese Statistik, die übrigens nicht verurteilte, sondern nur verdächtigte Straftäter:innen erfasst, auch den Rassismus der Gesellschaft wiederspiegeln: In wie vielen Fällen wird ein Vergehen eher zur Anzeige gebracht oder von der Polizei mit Nachdruck verfolgt, wenn der/die Verdächtige einen Migrationshintergrund hat?! Weitere Effekte verzerren die Vergleichbarkeit der Zahlen zwischen „Ausländern“ und Deutschen, sodass selbst ein Sprecher des Bundeskriminalamts auf Studien verweist, die zu dem Schluss kommen, dass „nicht die Staatsbürgerschaft oder der Migrationshintergrund ursächlich für die Begehung von Straftaten (insbesondere Gewaltkriminalität) ist“. Bedeutsamer seien Faktoren, die unabhängig von der Herkunft wirken, wie Gewalterfahrungen, Bildungsniveau, sowie Armut und Diskriminierungserfahrungen.[2] Also nicht „Ausländer raus!“, sondern mehr Geld für Bildung und die Bekämpfung von Armut und Rassismus sorgen für mehr Sicherheit!

Richard Lux, Berlin

1 correctiv.org/faktencheck/2025/02/05/taegliche-gruppenvergewaltigungen-keine-belege-fuer-merz-behauptung-zur-kriminalitaet-von-asylbewerbern/
2 correctiv.org/faktencheck/2024/09/12/auf1-verbreitet-irrefuehrende-behauptungen-ueber-messerangriffe-in-deutschland/

von der mehr als fraglichen Rolle von Polizei und Verfassungsschutz beim NSU-Komplex.

Rassismus der Polizei ist aber kein einfacher „Fehler“, sondern gehört zum Normalbetrieb des kapitalistischen Systems, und das nicht allein in den USA. Wenn eines der erklärten Ziele der (Bundes-)Polizei die Zurückweisung von Geflüchteten an den Grenzen ist – besonders verstärkt durch den aktuellen Rechtsruck – so sind Methoden wie das *racial profiling*, die zurecht kritisiert werden, Werkzeuge zur Kontrolle von Migrant:innen und überausgebeuteten Arbeitenden.

Hüterin von welchem Frieden?

Die Schlagstöcke von Polizist:innen lernen nicht nur Opfer rassistischer Gewalt kennen, sondern in den letzten Jahren vermehrt auch Aktivist:innen und Demonstrant:innen, sei es in Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung, gegen den Rechtsruck oder zur Rettung des Klimas. Das ist genauso wenig Zufall, sondern klarer Ausdruck davon, welche Ordnung die Polizei aufrechterhält. Die Zunahme von Polizeieinsätzen auf Uni-Campus sowie die Repression gegen Demonstrationen gegen den Genozid in Gaza, wie am Nakba-Tag in Berlin, zeigen, wie sehr die deutsche Polizei gehorsam der Sicherstellung des „inneren Friedens“ einer imperialistischen Macht dient.

Dass die Polizei auch besetzte Häuser räumt oder Besetzungen, die sich gegen die Interessen von Großunternehmen stellen (beispielsweise Protestcamps gegen klimaschädigende Tagebaue), ist noch ein weiterer Beweis dafür, dass die Polizei in unserer Klassengesellschaft eine notwendige und fest eingebettete Institution ist. Der russische Revolutionär Lenin schrieb schon vor über Hundert Jahren: „Worin besteht hauptsächlich diese Macht [des Staates]? In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben. Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze.“

Von Trauer zur Wut zum Widerstand

Dass Polizei sowie Polizeigewalt mit dem Kapitalismus im engen Zusammenhang stehen und aus ihm nicht wegzudenken sind, heißt aber auf gar keinen Fall, dass wir sie passiv hinnehmen sollten. Dass der Mord an Lorenz A. für viele Jugendliche einen Auslöser bildete auf die Straße zu gehen, ist ein erster notwendiger Schritt, um gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Wir glauben nicht daran, dass die Polizei in dieser Gesellschaft, selbst durch tiefgreifende Reformen, aufhören kann ein Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse zu sein. Dennoch sind wir solidarisch mit allen von polizeilicher Gewalt Betroffenen und ihrem Kampf für Gerechtigkeit und Aufklärung. Dies kann endgültig nur dann geschehen, wenn wir das Problem an der Wurzel packen: dem Kapitalismus.

Denn Rassismus, Polizeigewalt und Kapitalinteressen stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Das heißt aber auch, dass wir als Revolutionär:innen den Spaltungsversuchen der Arbeiter:innenklasse von oben entgegentreten müssen, und dass die Wut über den Mord an Lorenz und über rassistische Schikane auch in den Betrieben geäußert werden soll!

Wir, die Mehrheit der Bevölkerung, müssen anfangen, uns nicht auf den Staat und seine Polizei zu verlassen, sondern unseren eigenen Schutz, unsere eigenen Interesse selbst in die Hand zu nehmen, so wie zukünftig die ganze Gesellschaft. ■

Eva Ruth, Hamburg

Fußnoten

1 www.spiegel.de/panorama/justiz/oldenburg-nach-toedlichem-polizeieinsatz-videoaufnahme-zeigt-was-vor-den-schuessen-geschah-a-81cb440a-bfb9-4331-92c1-94bb58f6bc2d

2 de.statista.com/statistik/daten/studie/706648/umfrage/durch-polizisten-getoetete-menschen-in-deutschland/

3 www.zeit.de/politik/deutschland/2021-08/oury-jalloh-spd-sachsen-anhalt-tod-untersuchungsausschuss

Die Linkspartei – was ist neu?

Die Partei „Die LINKE“ hat nicht nur einen Wahlerfolg erzielt, sondern auch Zigtausende neue Mitglieder gewonnen. Ende 2023 war sie auf 50.000 Mitglieder geschrumpft, nun zählt sie über 112.000. Wieviel Potenzial zur Erneuerung steckt darin? Und was heißt das für sozialistische Politik?

Viele sind erst seit wenigen Monaten in der LINKEN. Auch über 70 % ihrer Abgeordneten im Bundestag sitzen dort zum ersten Mal und von ihnen waren einige bis jetzt Sozialarbeiter:in, Krankenpfleger:in oder Betriebsrat in der Metallindustrie. Ihren Wahlerfolg verdanken sie zu einem großen Teil Haustürwahlkampf, wo Tausende Parteimitglieder von Tür zu Tür gezogen sind, um mit den Menschen zu sprechen. Sie haben den Anspruch keine abgehobene Politik mehr zu machen. Auch sonst ist viel von Erneuerung die Rede. Die Co-Vorsitzende Ines Schwerdtner gibt die „Proletarisierung der Partei“ als Ziel aus.

Ein gestärkter linker Flügel

Der „Marx is‘ Muss“-Kongress Ende Mai von Marx21, einer der linken Parteiströmungen, war mit ca. 1.200 Teilnehmer:innen mehr als ausverkauft. Die Partei ist verjüngt, viel weiblicher und es gibt offenbares Interesse für marxistische Ideen. Mit Sahra Wagenknecht haben diejenigen die Partei verlassen, die am offensten rechte, migrationsfeindliche Töne angeschlagen haben.

Heißt das, dass die Linkspartei nun nach links rückt und gar zu einem Raum für die Entwicklung von revolutionärem, antikapitalistischem Bewusstsein wird? Auf dem Parteitag in Chemnitz konnte die Parteilinke einen Erfolg verbuchen: Entgegen dem Wunsch des Bundesvorstands wurde mehrheitlich der Beschluss gefasst, Israelkritik nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen.

> Regierungsbeteiligungen laufen immer immer darauf hinaus, auf die Interessen der Arbeiter:innenklasse zu verzichten. Doch eine andere Strategie zur „Veränderung“ hat die Linkspartei nicht.

Die Hoffnung organisieren oder enttäuschen?

Doch trotz der kleinen Richtungsänderung in Bezug auf Palästina/Israel wird es über diese Frage weiterhin heftige Auseinandersetzungen geben, wie auch über den Ukraine-Krieg und Friedenspolitik allgemein. Noch wird die Notwendigkeit zur Einigkeit nach außen beschworen, was aber auch benutzt werden kann, missliebige Kritik und notwendige Diskussionen zum Schweigen zu bringen.

Das Motto des LINKEN-Parteitags war: „Die Hoffnung organisieren“. Doch wie will sie die Hoffnung in Veränderung einlösen? Die Linkspartei bleibt eine Wahlpartei, die möglichst viel Mandate erringen will und dann auf Regierungsbeteiligungen setzt. Was dabei herauskommt, hängt nicht von dem Elan der Neumitglieder ab, auch nicht davon, ob kämpferische Reden im Bundestag oder auf Tiktok gehalten werden.

Bei Regierungsbeteiligungen wird akzeptiert, den Kapitalismus zu verwalten und mit den bürgerlichen Parteien Kompromisse zu schließen, die immer darauf hinauslaufen, auf die Interessen der Arbeiter:innenklasse zu verzichten. Doch eine andere Strategie zur „Veränderung“ hat die Linkspartei nicht – damit wird nicht die Hoffnung, sondern die Enttäuschung organisiert. Schon bei der Hochschulinitiative „Studis gegen Rechts“ hat man gesehen, wie Engagement und Begeisterung weg von der Straße in parlamentarische Bahnen kanalisiert wurde, indem Tausenden jungen Aktivistis erzählt wurde, der beste Kampf gegen Rechts sei … Haustürwahlkampf für die LINKE.

Dabei ist das einzige Mittel, wirklich Veränderungen durchzusetzen, wenn die Konzerne und ihre Politiker:innen vor einer kämpferischen Arbeiter:innenklasse zittern. Das bedeutet einen Klassenkampf, der nicht im Bundestag und nicht an der Haustür stattfindet, sondern durch Streiks in den Betrieben, soziale Bewegungen und Massendemonstrationen.

Eine Alternative bieten: Wir brauchen einen Pol der Revolutionär:innen

In einem Teil der neuen Mitglieder der Linkspartei steckt Potenzial zu revolutionärer Veränderung. Doch die Linkspartei selbst wird es in eine parlamentarische Sackgasse führen und verpuffen lassen, wenn es kein anderes Angebot gibt. Es ist dringend notwendig, dass die revolutionären Organisationen (nicht nur) in Deutschland ihre Zersplitterung überwinden und so links der Linkspartei eine glaubwürdige Kraft entsteht. ■

Richard Lux und Sabine Müller, Berlin

Kapitalismus macht behindert

Am 5. Juli 2025 findet wieder die Disability and Mad Pride in Berlin statt. Wir gehen unter dem Motto „behindert und verrückt feiern bis zum Auffallen“ auf die Straße, um unsere Vielfalt sichtbar zu machen und zu feiern! Menschliche Diversität ist lebenswert und darf nicht von Profitmaximierung unterdrückt werden!

Die Unterscheidung unserer Körper in gesund oder krank, autonom fähig-sein oder unfähig-sein bzw. abhängig, entspricht der strukturellen Ausbeutungs- und Verwertungslogik des Kapitalismus. Davon sind wir alle betroffen. Der Standard von psychischer sowie physischer Gesundheit ist eine Einteilung der herrschenden kapitalistischen Klasse, die der Ausbeutung der arbeitenden Klasse dient. Er setzt bestimmte menschliche Fähigkeiten voraus, deren Nichtvorhandensein als Mangel gilt. Jeder einzelne Mensch wird von Geburt an nach seinen körperlichen, geistigen und psychischen Fähigkeiten und Funktionen beurteilt und nach ihrer Verwertbarkeit gefördert oder behindert.

Wir, als Arbeiter:innenklasse, sind gezwungen, unsere Arbeitskraft zu verkaufen. Wir sollen diese erhalten und perfektionieren. Um die Profite der Bosse zu steigern, sollen wir uns möglichst selbst um den Erhalt unserer Arbeitskraft kümmern und die Kosten dafür auch noch selbst tragen. Es erschöpft viele von uns und kann dazu führen, dass wir nicht mehr in der Lage sind, die von uns erwartete Leistung zu erbringen. Wir erkranken oder verunfallen durch die Überlastung.

Manche von uns sind von Anfang ihres Lebens nicht in der Lage, die erwarteten Standards zu erfüllen und werden ausgesondert.

Wenn wir auf Unterstützung angewiesen sind, einen Rollstuhl, eine Prothese, Assistenz brauchen, oder Therapien, vielleicht die Umgestaltung unseres Arbeitsplatzes notwendig wird, verursacht das Kosten, welche den Ertrag unserer Leistung verringern. Überschreiten die Kosten der Hilfsmittel das Investitionslimit, um den geforderten Mehrwert der Arbeitsleistung zu gewährleisten, werden wir aus dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt. Wir sind dann gezwungen, schlechtere oder kaum bezahlte Arbeit anzunehmen. In betreuten Werkstätten liegt der Lohn deutlich unter dem Mindestlohn, obwohl oft genug z. B. Autoteile sehr gewinnbringen produziert werden. Oder wir sind für den Rest unseres Lebens von Sozialhilfesystemen abhängig, wodurch wir weiter von Armut, Ausgrenzung und Isolation betroffen sind. Gegen Armutsbetroffene wird systematisch gehetzt. Wir sind dann Sanktionen und Ausgrenzung ausgeliefert.

> » Die Unterscheidung unserer Körper in gesund oder krank, autonom fähig-sein oder unfähig-sein bzw. abhängig, entspricht der strukturellen Ausbeutungs- und Verwertungslogik des Kapitalismus. «

Denn es geht bei der Investition in Hilfsmittel und Unterstützung nicht darum, uns ein besseres Leben zu ermöglichen, sondern uns verwertbar zu machen, um Gewinne für die Bosse zu erzielen.

Die Sparpolitik, das Kürzen der Sozialleistungen und das Wegfallen von Unterstützungsangeboten oder Hilfeeinrichtungen gefährdet unsere Lebens- und Gesundheitssituation weiter.

Dies bedroht uns alle, auch wenn wir noch fähig sind zu arbeiten

Manchmal werden wir zu Held:innen gemacht, weil wir angeblich trotz unserer Behinderung zur Erwirtschaftung von Mehrwert fähig sind. Das soll zeigen, dass jede:r es angeblich schaffen kann. Aber das ist nicht, was wir wollen! Unser Kampf gilt nicht unseren Körpern, sondern den Bedingungen, denen wir ausgesetzt sind und gezwungen werden unsere Leistung anzupassen, um mit unserem Anderssein überleben zu können.

Deshalb solidarisieren wir uns mit dem Klassenkampf und den Streiks der Arbeiter:innen in Krankenhäusern und Psychiatrien, den Sozialarbeiter:innen im betreuten Wohnen, in der Beratung oder anderen Hilfeeinrichtungen. Ihr Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, einen besseren Betreuungsschlüssel, mehr Kolleg:innen, mehr Freizeit, Urlaub und mehr Lohn, ist verbunden mit unserem Kampf um eine selbstbestimmte, menschenwürdige Betreuung und Unterstützung.

Wir wollen keine Almosen oder Teilhabe am kapitalistischen Ausbeutungssystem. Wir lassen uns nicht nach Nützlichkeit und Kostenfaktor spalten. Wir sind gut, wie wir sind und deshalb feiern wir uns! ■

Nora Refuse, Berlin

Mehr Infos unter: pride-parade.de

Kaputtgesparte Unis: Wir machen nicht mit!

Mit der neuen Merz-Regierung hat sich die Bourgeoisie entschieden, jedes Versprechen für bessere Studi- und Arbeitsbedingungen zu untergraben. Seit mehreren Monaten baut sich bundesweit eine Welle an Kürzungen auf, die den Zugang zum Studium für Kinder von Arbeiter:innen erschweren oder sogar unmöglich machen wird. Zeitgleich zu der Militarisierung dürfen wir uns nicht an solche Bedingungen anpassen, sondern müssen gegen Rechtsruck und Kürzungen mobilisieren!

Sparwahn im Aufwind

Ein Gespenst geht um in den Universitäten … das Gespenst der Sparpolitik! In einer Zeit von Rekordinvestitionen und Schulden für die Armee, die Hunderte Milliarden zählen, sollen die Universitäten ihrerseits den Gürtel enger schnallen. In der Uni Bielefeld sind „unnötige“ Fakultäten gefährdet, was längst in den benachbarten technischen Hochschulen Bielefelds Realität ist: Die Tutorien in Geschichte werden alle eingestellt und die Tutorienverträge beendet und eine oder mehrere Fakultäten werden geschlossen. In Düsseldorf wird die Sprachfakultät eingestampft. In Berlin sind solche Sparmaßnahmen schon seit Dezember im Blick, 122 Million Euro sollen weggekürzt werden. Besonders hart ist dadurch die Technische Universität (TU) betroffen. Diese hat bereits Alarm geschlagen: Die Maßnahmen bedrohen nach eigenen Angaben „die Existenz der Universität als Forschungsinstitution“.[1] Die anderen Unis sind aber auch davon betroffen, u. a. die Charité, was zum Abbau von Studienplätzen oder sogar Studiengängen führen könnte, was zukünftig nur die Belastung im Pflegebereich erhöhen kann. Hier ist die Sparorgie nicht zufällig mit massiven Einsparungen im sozialen Bereich sowie der Kultur verbunden. Somit wird der Zugang zu Kultur und Bildung und Gesundheit den prekärsten Teilen der Bevölkerung verwehrt.

> » Ein Gespenst geht um in den Universitäten … das Gespenst der Sparpolitik! «

Jung, prekär … und kriegstüchtig?

Diese Sparpolitik bei der Bildung ist nämlich ein Angriff auf einen Bereich, der ohnehin schon prekär ist: Seit 2021 lebt ein Drittel der Student:innen in Deutschland unter prekären Bedingungen. Besonders Student:innen, die aus der Arbeiter:innenklasse kommen, sind schwer belastet. Auch mit dem Bafög, das durch strenge Regeln beschränkt ist, reicht es nicht, um ein normales Leben zu führen. Die Student:innen sind dann gezwungen, Minijobs anzunehmen: Einen Minijob, in dem sie wenig Geld ohne richtige Sicherheit erhalten. Außerdem sind die Student:innen dadurch erschöpfter und haben weniger Zeit, um ihr Studium durchzuführen. Es führt faktisch dazu, die Anzahl der Studierenden zu beschränken. Solche wachsende Prekarität ist nicht allein auf der wirtschaftlichen Ebene zu messen, sondern auch bei der beängstigenden Zunahme von psychischen Krankheiten, wie u. a. Depression und Einsamkeit. Eine erhöhte Konkurrenz, die durch die Kürzungen begünstigt wird, wird solche bestehenden Probleme verschärfen sowie die Anzahl der Studienabbrüche weiter erhöhen.

Diese Kürzungspolitik ist die Antwort der Bundes- sowie Landesregierungen auf die schrumpfende Wirtschaft und die wachsenden internationalen Spannungen: Es wird Arbeiter:innenkindern der Zugang zur Weiterbildung verwehrt, und dafür die Militarisierung vorangetrieben. Im diesen Kontext werden Zivilklauseln immer stärker von Politiker:innen angegriffen oder bereits tatsächlich gebrochen, wie an der TU Berlin und Uni Rostock[2] , wo in der Forschung für Thyssenkrupp unter dem Deckmantel des Klimaschutzes tatsächlich militärische Entwicklung betrieben wurde. So wird uns eingeredet, dass kein Geld mehr da sei, während in

Bildungsprotest auch an Schulen

Auch an Deutschlands Schulen gibt es Hinweise auf Angriffe und Kürzungen. In Berlin wurde Lehrkräften eine Zulage (gut 300 Euro im Monat) gestrichen, in Nordrhein-Westfalen die Teilzeit bis auf Ausnahmen abgeschafft. Aber auch darüber hinaus gibt es genug Gründe für Protest. Bundesweit fehlen nach Schätzung 55 Mrd. Euro an Investitionen: Sportplätze, Toiletten, digitale Ausstattung – wo keine reichen Eltern im Förderverein aushelfen, sieht es in den Schulen oft traurig aus.

In Schwerin fand am 26. Mai ein Protesttag mit 800 Schüler:innen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern statt. Hier forderten die Demonstrierenden u. a. Änderungen bei Prüfungen, weniger Stress und ein kostenfreies Deutschlandticket für Schüler:innen.

Im größten Bundesland NRW plant die Landesschüler:innenvertretung am 25. Juni Demonstrationen in Düsseldorf, Eitorf und Essen. Hier werden vor allem kleinere Klassen, eine Gesamtschule für alle, kostenfreies Mensaessen und ein Verbot von Abschiebungen insbesondere aus Schulen gefordert. ■

Jakob Erpel, Düsseldorf

Mehr dazu unter: https://lsvnrw.de/bildungsprotest/

Wirklichkeit Geld von unten nach oben umverteilt wird und Forschung immer mehr unter dem Druck von Unternehmen und deren unmittelbaren Profitinteressen steht. Solche verheerenden Bedingungen dürfen wir aber nicht stillschweigend hinnehmen!

Welche Perspektive können wir dem entgegensetzen?

Im vergangenen Semester hatte sich mit der vorgezogenen Bundestagswahl und dem damit einhergehenden Rechtsruck das Potential einer Studierendenbewegung gezeigt, durch die Gründung von „Studis gegen Rechts“, dies vor allem mit der Teilnahme von 1.500 Studierenden an einer studentischen Vollversammlung an der Freien Universität Berlin, aber auch 1.000 in Leipzig. Gegen die Kürzungen in Berlin gab es auch Demonstrationen, die das Potential von Widerstand auf die Schocktherapie zeigten. Auch wenn die Luft ein bisschen raus ist, liegen aber weiterhin dieselben Probleme vor uns, und wir können uns sicher sein, dass die Merz-Regierung uns nichts schenken wird. Deshalb liegt vor uns die Verantwortung, unsere Interessen gegen die Kürzungen zu vertreten. Dafür organisieren sich u. a. in Hamburg Studierende gegen Kürzungen und rufen für den 11. Juni zu einer studentischen Vollversammlung auf. In Bielefeld gibt es auch solche Überlegungen. Es wäre eine erste Möglichkeit, unsere Kommiliton:innen zu überzeugen, dass es sich lohnt eine andere Gesellschaft zu verteidigen als die, die uns Merz und Co. versprechen. Solche Vollversammlungen sollen aber nicht nur dazu dienen, die Anzahl der Teilnehmenden zu zählen und einen Forderungskatalog an die Unileitung aufzustellen. Die Vollversammlungen sollen ein Ort sein, um uns gemeinsam zu organisieren, Kundgebungen und Demonstrationen zu planen und Initiativen zusammen aufzubauen.

Die Angriffe, die die Unis schon treffen oder uns drohen, sind nicht losgelöst von den Angriffen auf die Arbeitenden, Sie stehen im Gegenteil in unmittelbarer Verbindung zueinander. Der Kampf der Studierenden könnte also Brücken bauen zu den Beschäftigten und anderen Betroffenen von Kürzungen. Die Vorreiterrolle, die die Studierendenbewegungen seit letztem Sommer in den sozialen Kämpfen in Bangladesch, Serbien und der Türkei eingenommen haben, lässt sich nicht allein mit ihrer Kampfbereitschaft und Entschlossenheit erklären, sondern vielmehr damit, dass ihre Kämpfe die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausdrückten. Die Arbeitenden wurden solidarisch, weil sie selbst unter der Korruption, dem Elend und dem Autoritarismus solcher Regime leiden und es verachten. Auch wenn wir in Deutschland von solchen Situationen weit entfernt sind, können wir trotzdem daraus Lehren für unsere Kämpfe ziehen, nämlich dass unsere Kämpfe umso erfolgreicher sein können, wenn unser Kampf gegen Kürzungen in den Unis eine Brücke zum Kampf gegen Kürzungen im öffentlichen Dienst und gegen Massenentlassungen schlägt. Das ist besonders notwendig, um nicht in die Falle der Regierung zu tappen, die die Ausgebeuteten und Unterdrückten gern gegeneinander ausspielt. ■

Eva Ruth, Hamburg und
Peter Drache, Bielefeld

1 www.tu.berlin/nachrichtendetails/die-vorgesehenen-kuerzungen-bedrohen-den-wissenschaftsstandort-berlin

2 www.notinourname-tu.org/civil-clause-breach

Der isralische Staat bombardiert und Deutschland ist Komplize

Die Bilder aus Gaza sind schon lange unerträglich. Aber mit dem Start einer Großoffensive Mitte Mai und der neuen Form der Organisation „humanitärer Hilfe“ ist der israelische Staat einen Schritt weiter gegangen. Ein „lebendiger Völkermord“, sagt selbst Amnesty International, gegen den wir Arbeiter:innen, die Jugend, die Studierenden vorgehen müssen und können!

Nach mehr als zwei Monaten völliger Blockade des Gazastreifens ohne jede Lieferung von Lebensmitteln, Wasser, Benzin, Medikamenten und Hygieneprodukten ist Gaza nun flächendeckend von einer Hungersnot betroffen. In den Lagern der internationalen Hilfsorganisationen und deren 400 Verteilungszentren gibt es kaum etwas. Suppenküchen haben ihre Aktivitäten eingestellt. Nach den endlosen Bombardierungen stehen kaum noch Häuser im Gazastreifen. Große Flächen einstiger Städte und das meiste Agrarland hat die israelische Armee systematisch mit Bulldozern platt gemacht. Bereits ein Drittel des Gazastreifens ist zu einer „militärischen Pufferzone“ ausgebaut.

In dieser Situation hat die israelische Regierung Mitte Mai die „Intensivierung“ der Militäroperation beschlossen. Die gesamte Bevölkerung Gazas soll in winzige Zonen auf ein Viertel des bisherigen Gebietes eingepfercht werden. 75 % werden zum Kriegsgebiet erklärt. Das heißt ständige Bombardierungen einschließlich der Schulen, die als Flüchtlingsunterkünfte dienen, und der Krankenhäuser. Zusätzlich hat die israelische Armee mit Hilfe privater US-Sicherheitsfirmen und undurchsichtiger Hilfsfonds vier „Verteilungszentren“ für Lebensmittelpakete ganz im Süden Gazas eingerichtet. Um sicherzustellen, dass die Menschen nicht mehr abholen, als ihnen der israelische Staat zugeteilt hat – wenn sie es überhaupt in die Verteilungszentren schaffen! –, soll ein Familienmitglied ein- oder zweimal im Monat eine Erlaubnis per elektronischer Nachricht erhalten. Biometrische Gesichtserkennung und andere Überwachungstechnologie dienen der Kontrolle. Als am ersten Tag ein Massenansturm der verzweifelten Menschen ausbrauch, schoss das Militär in die Menge. Hunger als Waffe – das ist die Methode. Das Ziel ist die Menschen im Gazastreifen zusammenzutreiben und ihnen jegliche Hoffnung zu nehmen. In Gaza wird die Menschlichkeit ermordet.

> » In dem Moment, wo die Barbarei ihrem Höhepunkt entgegengeht, ein paar warme Worte an die Menschen in Gaza zu hauchen, bedeutet das Massaker weiterlaufen zu lassen. «

Beihilfe zum Morden mit Krokodilstränen

Angesichts dieser Situation sehen sich Kanada, Frankreich und Großbritannien zu öffentlicher Kritik am Vorgehen Israels genötigt. Am 20. Mai kündigte die Europäische Union an, sie werde „überprüfen“, ob Israel „alle Bestimmungen des Abkommens, die auf der Achtung der Menschenrechte beruhen“, einhalte. Sogar der neue deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte Ende Mai, dass das, was in den vergangenen Tagen passiert sei, ihm nicht zwingend notwendig erscheine für die Verteidigung des Existenzrechts Israels und zur Bekämpfung der Hamas. Und er verstehe „offen gestanden nicht mehr, mit welchem Ziel“ die israelische Armee nun vorgehe.

Dieser kleine Spurwechsel nach 19 Monaten bedingungsloser Unterstützung des israelischen Staates ist nur PR. In dem Moment, wo die Barbarei ihrem Höhepunkt entgegengeht, ein paar warme Worte an die Menschen in Gaza zu hauchen, bedeutet das Massaker weiterlaufen zu lassen. Und vergessen wir nicht, dass Merz wiederholt Anfang Mai Netanjahu als Freund nach Berlin eingeladen hat. Anfang Mai gab es große Feierlichkeiten der 60 Jahre andauern-

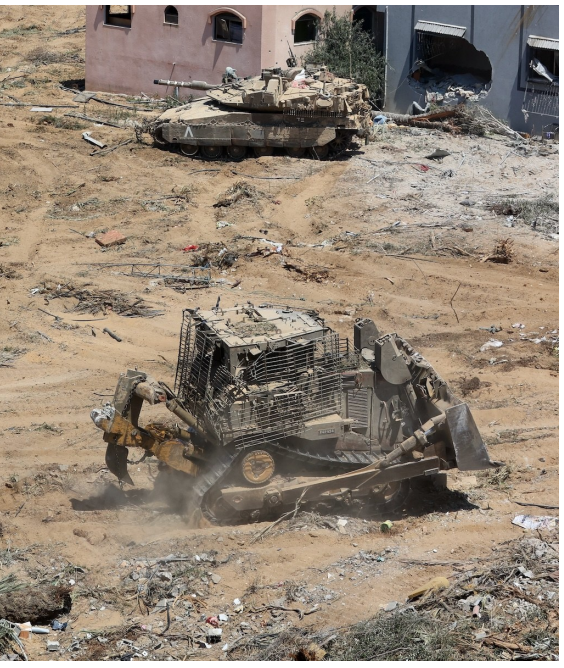
Chan Yunis im Süden des Gazastreifen

Jerusalem, 20. Mai 202

den Freundschaft zwischen Israel und Deutschland mit Politprominenz sowohl in Berlin als auch in Tel Aviv. Die militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen blühen. Auf die palästinasolidarischen Demonstrant:innen hetzen sie aber die Polizei und die Justiz. Merz weiß genau, was die israelische Politik bedeutet. Er und seinesgleichen in den westlichen imperialistischen Länder haben grünes Licht gegeben.

Genozid und Vertreibung mit Ankündigung

Spitzenpolitiker der israelischen Regierung reden seit Jahren ganz offen davon, dass sie die Palästinenser:innen vertreiben und deren verbliebenes Land



ns, 31. Juli 2024 (Quelle: @+972mag)

5 (Quelle: @+972mag)

in Besitz nehmen wollen. Der damalige israelische Verteidigungsminister erklärte zu Beginn der Militäroffensive in Gaza im Oktober 2023: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und wir werden entsprechend handeln.“ US-Präsident Trump hat diesen Februar von einer Zwangsumsiedlung der Palästinenser:innen und der Errichtung einer „Riviera des Mittleren Ostens“ in Gaza gesprochen. Netanjahu erklärte zu Beginn der neuen Offensive: „Wir zerstören immer mehr Häuser, und die Menschen im Gazastreifen können nirgendwohin zurückkehren. Das einzige und unvermeidliche Ergebnis wird der Wunsch der Bewohner sein, den Gazastreifen zu verlassen.“

Diese Politik ist die logische Fortsetzung der Vertreibungspolitik seit der Gründung des Staates Israel. Die Nakba dauert seit 77 Jahren an. Nach 1948, 1967, 1982 … ist das ein weiterer Krieg, der dem Ziel der Schaffung eines „Großisrael“, von dem die zionistischen Gründer:innen und ihre Jünger schon lange träumen, näher kommt.

Wenn Merz, der französische Präsident Macron und der britische Premierminister Starmer Netanjahu jetzt verbal kritisieren, dann deshalb, weil sie befürchten, dass sein Krieg gegen alle Völker der Region die mitschuldigen arabischen Diktaturen destabilisieren und Volksaufstände in Jordanien, Libanon, Syrien und Ägypten auslösen könnte. Das wünschen wir uns sehnlichst … und wir können hier dazu beitragen, indem wir zeigen, dass die Völkermörder und ihre Komplizen nicht in unserem Namen handeln, nicht im Namen der Arbeiter:innenklasse!

Israel als Handlanger des Imperialismus mit Hang zur Dominanz in der Region

Seit seiner Gründung ist der Staat Israel ein zentraler Verbündeter des westlichen Imperialismus in der Region. Israel wird mit Waffen, Geld, wirtschaftlichen Beziehungen und politischer Rückendeckung versorgt. Deutschland ist ganz vorne dabei. Auch Österreich spielt eine wichtige Rolle. Deshalb kann Israel in alle Richtungen bombardieren und Gebiete seiner Nachbarländer besetzen, um dort „Pufferzonen“ zu schaffen. Wir sehen das in Syrien, um den Menschen dort eine Lektion zu erteilen, aber auch der Türkei, die ebenfalls ihren Einfluss in Syrien ausbauen will. Wir sehen das im Jemen, dessen Bevölkerung von Israel und den USA bombardiert wird. Wir sehen das im Libanon. Und die Drohungen gegen den Iran tragen das Risiko einer weiteren Eskalation in der Region in sich. Wir sehen eine Zuspitzung im Austesten und Vorführen der eigenen militärischen Stärke und Strategie. Gaza ist in dieser Hinsicht auch ein grausames und zynisches Versuchslabor für künftige Konflikte zwischen den imperialistischen Großmächten und ihren Stellvertretern in den Region. Ohne ein Ende des Imperialismus wird es keinen gerechten Frieden zwischen den Völkern geben.

Es liegt allein an uns, dieser Barbarei ein Ende zu bereiten

Gegen alle rassistischen Gifte, gegen Antisemitismus und Islamophobie, gegen die Unterdrückung unserer palästinasolidarischen Proteste lasst uns gemeinsam sagen: Nicht in unserem Namen ! Stop the genocide ! Sofortiger Waffenstillstand und Öffnung der Grenzen zu Gaza ! End the occupation !

In Israel selbst gehen die Proteste weiter: Hunderte Israelis gingen an die Grenze zum Gazastreifen, um ein Ende der Bombardierungen zu fordern, und hielten Schilder mit der Aufschrift „Palästinensische Leben zählen“ hoch. In den USA wurde der Präsident der Columbia University von Hunderten Student:innen ausgebuht, die „Freiheit für Palästina“ und „Freiheit für Mahmoud“ riefen. Der palästinensische Student war festgenommen worden, weil er für Palästina demonstriert hatte. In Den Haag demonstrierten mehr als 100.000 Menschen und forderten einen Abbruch der Beziehungen zu Israel. Auch in Deutschland lassen die Demonstrationen nicht nach. Ja, das ist das Einzige, was diesem Völkermord ein Ende setzen kann: Setzen wir die Mobilisierung fort und verstärken sie, um die Unterstützung unserer Regierungen für den israelischen Staat zu beenden! ■

Sabine Müller und Johannes Wolf

Internationalistische Konferenz in Paris

Vom 16. bis 18. Mai 2025 kamen wieder rund 30 revolutionäre internationalistische Gruppen aus vielen Ländern und aus unterschiedlichen politischen Strömungen zusammen, um die aktuellen Fragen der Zuspitzung imperialistischer Rivalitäten, die Möglichkeit eines neuen Weltkriegs und Fragen des Aufbaus revolutionärer Organisationen in der Arbeiter:innenklasse zu diskutieren und voneinander zu lernen. Das war die dritte Konferenz dieser Art und eine Fortsetzung des internationalen Austausches, der auf den Konferenzen in Mailand in den Jahren 2023 und 2024 seinen Anfang genommen hat.

Mit mehreren Texten hat unsere Strömung ihren Beitrag zu den Diskussionen geleistet. Die Texte sind vollständig auf unserer Website. Wir dokumentieren hier in Auszügen den Text unserer französischen Organisation zur internationalen Lage:

Echte Kontinuitäten und falsche Brüche

Aus der Sicht der Bourgeoisie war das 18. Jahrhundert das Jahrhundert der Expansion und des Lernens, das 19. Jahrhundert das der Produktion und der Herrschaft über frühere Gesellschaften, das 20. Jahrhundert das der Organisation und der Weltkriege. Das 21. Jahrhundert verspricht, das Jahrhundert der Abschottung zu werden. Trumps zweite Amtszeit spiegelt diesen Wandel wider, indem sie offen eine Außenpolitik verfolgt, die darauf abzielt, die Nachbarn auszuplündern und die ehemaligen europäischen Verbündeten zu untergraben, um eine Konfrontation mit China herbeizuführen. Und seien wir ehrlich, Genossinnen und Genossen – niemand hat die Grönland-Episode kommen sehen! Aus der Sicht des Proletariats – mit einem kürzeren historischen Bogen – war das 19. Jahrhundert das Jahrhundert der Theorie und der Organisation, das 20. Jahrhundert das der Kriege und Revolutionen. Das 21. Jahrhundert nimmt diese unvollendeten Aufgaben wieder auf, mit einem mächtigen, globalisierten Proletariat, aber ohne internationale Organisation. Wenn man die Frage nach dem Aufstieg der interimperialistischen Rivalitäten in diesen Begriffen stellt, kann man die Kontinuität der amerikanischen Politik – sei es unter den Demokraten oder den Republikanern – verstehen, die darauf abzielt, die wirtschaftliche Vorherrschaft durch wirtschaftliche und militärische Macht aufrechtzuerhalten. Trump entledigt sich einfach der demokratischen Fassade der Vereinten Nationen und der Abkommen der Welthandelsorganisation und macht eine grundlegende Wahrheit deutlich: Die NATO ist seit dem Ende des Kalten Krieges ein überholtes *Quid pro quo*. Wirklich neu ist die Offenlegung der wirtschaftlichen Fragilität und politischen Schwäche der Europäischen Union, die es trotz des Krieges in der Ukraine nicht geschafft hat, eine koordinierte imperialistische Militärmacht zu werden. Die alternde und durch eine gemeinsame Währung verbundene EU ist nun das schwache Glied in der imperialistischen Kette – ein Club, in dem sich die Rivalitäten zwischen konkurrierenden Bourgeoisien verschärfen und in dem das Frankreich von Emmanuel Macron eine zentrale Rolle beansprucht.

Neue Ungleichgewichte: Die wahre Bedeutung von Trumps Manövern

Immer mehr Menschen sind sich einig, dass der Kapitalismus historisch zum Scheitern verurteilt ist. Aber eine permanente Krise als Erklärung heranzuziehen, gleicht oft eher einer Pilgerreise zu den unschätzbaren Werken von Marx bis Lenin als einer Reaktivierung dieses politischen Kapitals, das dazu dienen sollte, eine Arbeiterklasse zu organisieren, die mittlerweile fast die Mehrheit der Weltbevölkerung ausmacht. Wir erleben keinen Niedergang – also eine Auflösung der zentralen

Strukturen des Kapitalismus –, sondern vielmehr eine Verschärfung seiner Widersprüche. Ebenso sagen die Denkmuster, die die Welt in einen vereinten Westen und einen globalen Süden aufteilen oder Russland und China als beherrschte Länder darstellen, wenig über die derzeitige Neugestaltung des Imperialismus aus. Und tatsächlich hat sich der Imperialismus verändert. Er bleibt zwar die letzte Stufe des Kapitalismus, aber die inneren Beziehungen zwischen seinen Teilen haben sich gewandelt. Einige Konstanten bleiben bestehen: Der verschärfte Wettbewerb, Handels- und Zollkriege, die Fragmentierung des Weltmarktes und regionale Kriege sind keine Ursachen, sondern Symptome innerer Ungleichgewichte. Sie sind nicht die Ursachen für die Ungleichgewichte in der Kapitalakkumulation, für den Konflikt zwischen der Expansion des Kapitals und dem Rahmen des Nationalstaates. Es gibt auch offensichtliche Neuerungen. China ist keine kolonisierte Nation mehr und weit davon entfernt, eine riesige Fabrik zu sein, sondern eine Gesellschaft mit modernen Klassenstrukturen und einem großen, konzentrierten Proletariat. Die USA bleiben die weltweit führende Macht, aber Trumps brutaler Verhandlungsstil ist keine Machtdemonstration angesichts der zunehmenden Konfrontation mit dem chinesischen Imperialismus. Vielmehr verbirgt er kaum die materielle Schwäche der Bourgeoisie, einschließlich einer Produktionsinfrastruktur, die dringend umstrukturiert werden muss. Und genau darin liegt die eigentliche Neuerung: der autoritäre Wandel, den der Trumpismus verkörpert. Der soziale Krieg, der notwendig ist, um diese neue Ausrichtung durchzusetzen, braucht Zeit – Zeit, die Trump gewinnt, indem er gegenüber Russland einen versöhnlichen Kurs fährt (Pech für die faulen Marxist:innen, die im „Lagerdenken“ des Kalten Krieges stecken geblieben sind) und Europa untergräbt. Die EU wiederum wird in Schulden versinken, aufrüsten, Ressourcen mobilisieren und wertvolle Zeit damit verlieren, ihr Produktionssystem zu modernisieren und wettbewerbsfähig zu bleiben. Trump gewinnt auch Zeit, indem er sozialen Widerstand provoziert und vorwegnimmt – und Pech für diejenigen, die noch glaubten, dass Marktlogik und Demokratie miteinander vereinbar sind –, indem er Universitäten angreift, rassistischen Nationalismus schürt, um das Proletariat zu spalten, und die Rechte von Frauen und Queers zurücknimmt. Schließlich fördern Trump und seine Verbündeten durch die Normalisierung des Grauens in Gaza aktiv die Gleichgültigkeit und Passivität der Öffentlichkeit. Das Ziel des Teils der Bourgeoisie, der diese neue Gegenwart unterstützt, ist die direkte Konfrontation mit China. Es stimmt, dass Trump zu einem internationalen Fahnenträger der Reaktion geworden ist, von Buenos Aires bis Budapest. Aber das Hauptziel ist innenpolitischer Natur: die Vorbereitung eines Bürgerkriegs – d. h. eines Klassenkriegs innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft – als inneres Gegengewicht zu einem Weltkrieg mit China. Unsere Aufgabe als Kommunist:innen ist es, eine Generation auf diese nun reale Möglichkeit vorzubereiten: Den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zwischen den Klassen zu verwandeln.

» Trumps brutaler Verhandlungsstil ist keine Machtdemonstration angesichts der zunehmenden Konfrontation mit dem chinesischen Imperialismus. Vielmehr verbirgt er kaum die materielle Schwäche der Bourgeoisie, einschließlich einer Produktionsinfrastruktur, die dringend umstrukturiert werden muss. «

Die Möglichkeit eines Weltkriegs richtig einschätzen

(...)

Unsere Aufgaben

Das Gesamtbild ist das eines imperialistischen Systems, das offen von Krieg spricht, sich militarisiert und nun einen internationalen Sozialkrieg führt. In diesem neuen globalen Kontext sind die Errungenschaften der ersten Kongresse der Internationale von unschätzbarem Wert. Aber es gibt auch tiefgreifende Unterschiede. Das Proletariat ist groß, aber es ist sich seiner eigenen Stärke noch nicht bewusst. Es mangelt ihm an festen Organisationen und internationaler Koordination. Selbst auf gewerkschaftlicher Ebene gibt es weder in Amerika noch in Europa echte transnationale Aktionen, während die Bourgeoisie trotz ihrer internen Rivalitäten weiterhin dieses Terrain besetzt.

(...)

Das bedeutet, dass zwei wesentliche Aufgaben miteinander verbunden werden müssen: Auf organisatorischer Ebene müssen revolutionäre Organisationen aufgebaut, Koordination, Zusammenarbeit und prinzipielle Auseinandersetzung gefördert werden; auf der Ebene der proletarischen Solidarität muss die Arbeiter:innenbewegung wieder aufgebaut werden – nicht indem man die Vergangenheit kopiert, sondern indem man aus ihr lernt. Diese Aufgaben machen jedoch nur im Kontext der kommenden Wellen intensiver sozialer Umwälzungen Sinn, wenn die revolutionären Minderheiten diejenigen Aktivist:innen – ob organisiert oder nicht – ansprechen, die verstehen, was verändert werden muss um das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen aus dem Gleichgewicht zu bringen. Mit dieser Perspektive wird es möglich, durch konkrete Aktionen den Zyklus von Marx und Engels – kämpfen, organisieren, studieren – auf internationaler Ebene wieder in Gang zu bringen, die Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu bündeln und die Lehren für die zukünftigen Siege zu verbreiten. Kurz gesagt: Eine Führung aufbauen. ■

NPA Révolutionnaires, April 2025

Streik bei der Charité in Berlin:

„Ohne uns läuft nix!“

Im Streik stehen die Kolleg:innen der Servicetochter CFM, sie bestreiken so wichtige Bereiche wie Reinigung, Catering, Sterilisation, Technik usw. Nach wochenlangem Streik haben die Kolleg:innen erreicht, dass die CFM und die Charité ihnen einen Teil des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TVÖD) angeboten haben.

Die Folgen der Politik des Berliner Senates zur Jahrtausendwende spüren die Kolleg:innen der CFM noch immer. 2005 wurde die CFM als Tochter der Charité gegründet. Ziel war dabei vor allem eines: Tarifflucht.

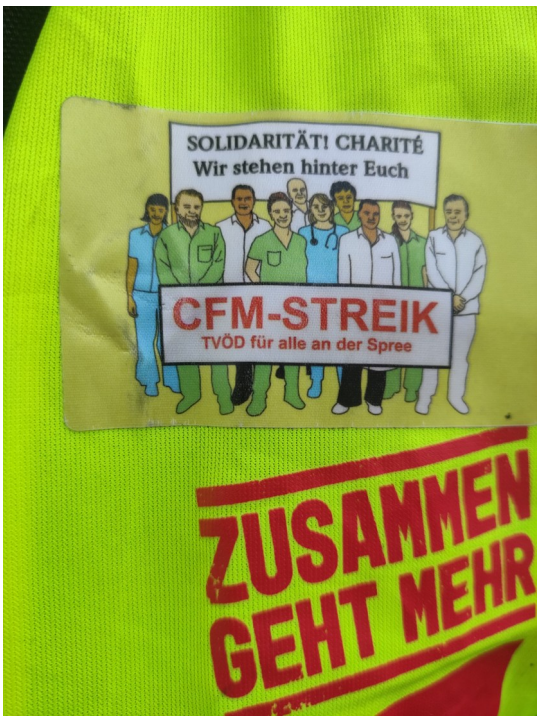
Bei der CFM arbeiten mittlerweile über 3000 Kolleg:innen. Alle Bereiche, die „patientenfern“ sind, wurden in diese Firmen ausgegründet. An der Charité wird nach dem TVÖD bezahlt. An der CFM liegen die Löhne weit unter diesem Niveau, der Unterschied beträgt bis zu 700 Euro/Monat.

Das nicht länger hinzunehmen, ist die Motivation von mehr als 600 Streikenden bei der CFM. Sie haben ihren Streik gut vorbereitet. Es sind fast 50% Organisationsgrad in ver.di erreicht, Bereichsverantwortliche bestimmt, Kommunikationskanäle eingerichtet, Ver.di hat einige Organizer im Einsatz. Noch nie waren so viele Kolleg:innen bei einem Streik an der CFM aktiv. Selbst schwer zu organisierende Bereiche wie die Reinigung sind sehr gut am Streik beteiligt. Am Streikposten fallen viele Grenzen. Musik und Tänze verbinden sonst immer getrennt arbeitende Reinigungskräfte. Sprachbarrieren werden überwunden, der Anblick hunderter Streikender stärkt das Selbstbewusstsein.

Die Gegenseite hat sich allerdings auch gut vorbereitet. Charité und CFM wollen den Klinikbetrieb einfach aufrechterhalten. Natürlich zogen sie vor Gericht. Der Streik wurde mitsamt Forderung nach TVÖD für rechtens erklärt, aber gleichzeitig eine Notdienstregel auferlegt, die den Streik sehr erschwert. Dabei sollte ein Notdienst doch wohl nur den Klinikbetrieb aufrechterhalten, der für die Versorgung von Notfall- Patient:innen nötig ist.

Die Spannung steigt...

Aus der Weigerung der Charité, die Zahl der Patient:innen zu reduzieren, folgt eine deutliche Mehrbelastung des Pflegepersonals. Transporte, Auffüllen bis hin zu Reinigung soll nebenbei von der Pflege erledigt werden. Die Pflegekräfte haben angefangen, gegen den Streik zu schimpfen. Die Streikleitung der Chefs gab nicht einmal eine Telefonnummer zur Erreichbarkeit bekannt. Die Gewerkschaft ver.di ruft zur Solidarität auf, doch die bleibt verhalten. Wohl auch, weil die Pflegenden sich kurz zuvor am bundesweiten TVÖD- Streik beteiligt hatten. Der Abschluss dort war einfach zu schlecht und demotivierend. Um gegenzusteuern besuchen Leute der Betriebsgruppe der Charité oft zusammen mit Streikenden die Stationen, dabei wird über den Streik berichtet und Flugblätter werden verteilt. Die Streikenden laden alle ein, sich am Streikposten zu Kaffee und Gebäck zu treffen. Die Rede einer Krankenschwester am Streikposten, ist ein gutes Beispiel. Sie drückte ihr Gefühl aus, „dass wir eigentlich ja zusammengehören... ich sehe hier Leute, die ich sehr vermis-



se auf Station“. Die aussagekräftige Ansage ist eine der Initiativen, die dafür gesorgt haben, dass die Streiklaune bei der CFM nicht gesunken ist. Die Geschäftsleitung musste ihre Blockadehaltung aufgeben und zu Verhandlungen einladen. So war allen auch klar, der Streik wirkt.

... auch innerhalb der Tochterfirma?

Die Belegschaft der CFM ist international. Man spricht Türkisch, Serbo-Kroatisch usw. Eine Herausforderung für die taktischen Debatten unter den Kolleg:innen. Um die Einigkeit der Streikenden zu fördern, werden systematische Übersetzungen organisiert. Wie in jedem Streik besteht eine weitere Spaltung: Streikende und Nicht-Streikende. Diese Spaltung hat sich aber im Verlauf des Streiks nicht vertieft. Rund um die Streikposten, die sich auf dem Betriebsgelände befinden, sind die Nicht-Streikenden nie sehr weit. Einige Streikende treten bewusst gegen die Spaltung der Kolleg:innen auf. So ein Gärtner, der dafür sorgte, die Flächen am Streikposten sauber zu halten. Aus Verständnis für die nicht-streikenden Kolleg:innen: „Ich zeige ihnen Respekt, auch weil sie Respekt für mich als Streikenden haben, weil sie wissen, dass ich auch für sie streike.“ Erfahrungen, die auch nach dem Streik allen Kolleg:innen etwas bringen werden.

Streiken oder verhandeln?

Die Solidarität um und innerhalb des Streiks zu festigen, ist bitter nötig. Die Geschäftsleitung der CFM hat geplante Verhandlungen abgesagt. Gleichzeitig versuchte sie, Streikende zurück zur Arbeit zu locken. 250 Euro (brutto) als Prämie diente als Lockmittel. Dieser Versuch, wurde aber von den Streikenden eher als ein läppischer Köder eingeschätzt. Später probierten sie es sogar mit Burgergutscheinen, als ob eine unzureichende Fast Food Versorgung das Problem bei der CFM wäre.

CFM und Charité machten nach Wochen des Schweigens endlich ein Angebot. Sie bieten die Gehaltstabellen des TVÖD, um gleichzeitig den Manteltarif des TVÖD vorzuenthalten. Doch für die Verhandlungen verlangten sie eine Aussetzung des Streiks für vier Tage.

Damit fingen ernste Probleme an. Einige wollten die Dynamik des Streiks bewahren und lehnten die Aussetzung des Streiks ab. Andere wollten die Details des Angebotes der Geschäftsleitung prüfen und waren bereit, ein paar Tage wieder zu arbeiten. Eine Spaltung unter den Streikenden drohte. Zumal die Spitze von Ver.di in den Diskussionen, geführt v. a. durch einige Organizer:innen, nicht neutral blieb, sondern die Vorteile einer Aussetzung des Streiks deutlich hervorhob. Dabei ist es Ziel der Arbeitsniederlegung, die Geschäftsführung zum Verhandeln zu zwingen. Eine streikende Kollegin erklärte: „Dass wir diejenigen sind, die um Verhandlungen bitten, ist schon ein Problem. Die Bitte nach weiteren Verhandlungen muss von der Geschäftsleitung kommen, gerade weil wir streiken“. Die Streikenden haben bis dahin nicht an der Stärke ihres Streiks gezweifelt. Die Leitung der Gewerkschaft Ver.di zeigt sich aber mittlerweile recht fügsam gegenüber den Chefs. Streik ist nicht wie ein Lichtschalter. Den Streik an- und abzuschalten, funktioniert nicht. Der Streik lebt von der Dynamik, die zwischen den verschiedenen Bereichen des Betriebes entsteht. Zum Beispiel: Bei der Sterilisation wirkt ein Streik erst nach ein paar Tagen. Das verstehen alle.

Nach drei langen Tagen Verhandlungen wurde deutlich: Das Angebot der CFM ist unzureichend. Darum nahmen die CFM-Kolleg:innen ihren Streik wieder auf. Doch sie hatten sich erpressen lassen und diese Strategie führt die CFM nun fort. Sie verlangt, auch für die nächsten Verhandlungen die Unterbrechung des Streiks. Diese sollen am 3. 6. 2025 stattfinden. Erneut hat ver.di den Kolleg:innen nahegelegt, der Forderung nachzukommen und erhielt damit auch eine große Zustimmung bei den Streikenden.

Kein Grund zurückzuweichen

Die Stärke eines Streiks entsteht auch aus der Solidarität, die er erhält. Die Strategie von Ver.di, sich vor allem an die Politik zu wenden, ob mit Demonstrationen zum Senat oder Kundgebungen vor den Büros der Geschäftsführung, erzeugt nur einen sehr begrenzten Druck. Dagegen streikten in Berlin im Mai auch Lehrer:innen für einen besseren Gesundheitsschutz. Ein Gewerkschafter der GEW richtete sich bei einer Kundgebung am Mikrofon an die Streikenden der CFM: „Wir halten gemeinsam die Stadt am Laufen und wir alle brauchen bessere Bedingungen in unseren Bereichen“. Doch eine gemeinsame Demonstration wurde von den Gewerkschaften nicht organisiert. Der Gewerkschaftsapparat begreift die politische Dimension eines Streiks nicht. Manchmal behindert er diese auch ganz bewusst. Streikende sehen aber schnell die Notwendigkeit, ihren Streik in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die CFM- Kolleg:innen werden dabei von verschiedenen Bündnissen unterstützt. Für den 05. Juni haben linke Studierende die Streikenden zu einer Veranstaltung eingeladen, um von ihrem Kampf zu berichten. Und die Streikenden haben einiges zu berichten, ist ihr Kampf doch ein Teil des Widerstandes gegen die Politik der Verarmung großer Teile der lohnabhängig Beschäftigten. ■

Lorenz Wassier und Havanna Obst, Berlin

» Streik ist nicht wie ein Lichtschalter. Den Streik an- und abzuschalten, funktioniert nicht. Der Streik lebt von der Dynamik, die zwischen den verschiedenen Bereichen des Betriebes entsteht. Zum Beispiel: Bei der Sterilisation wirkt ein Streik erst nach ein paar Tagen. Das verstehen alle. «

Glossar:

CFM: Charité Facility Management GmbH

Ver.di: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

GEW: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften

Manteltarif: enthält Regelungen zu Jahressonderzahlungen, Urlaub, Schichtzulagen usw.

Interview: Drei Jahre Tarifvertrag Entlastung

Hallo Jakob[1]! Du bist Pfleger an der Uniklinik Düsseldorf (UKD). Wann bist du für die Interessen der Belegschaft aktiv geworden? Und aus welchen Gründen?

Ich bin ver.di -Mitglied seit meiner Ausbildungszeit. Bereits 2018 habe ich mich am Arbeitskampf für einen Tarifvertrag Entlastung beteiligt [...]. Es geht um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen. Wir brauchen in den Kliniken dringend eine bessere Personalausstattung und verbindliche Verhältniszahlen der Pflege zu Patient:innen [...]. Aufgrund tagtäglich enttäuschter eigener Ansprüche an eine bedarfsgerechte, sichere und gemeinwohlorientierte Patient:innenversorgung gibt es eine große Zahl an Kolleg:innen, die den Beruf verlassen. Diese Negativspirale muss durchbrochen werden. Einer Unterschreitung der Unterbesetzung müssen Konsequenzen folgen.

>> Wir haben nicht für freie Tage gestreikt oder für die Auszahlung nicht genommener freier Tage, sondern für bessere Arbeitsbedingungen und damit auch für eine bessere Versorgungsqualität. <<

Mit einer Dauer von 77 Tagen ist es euch 2022 gelungen der oft schläfrigen Tarifroutine einen entschlossenen Streik entgegenzusetzen. Hat es sich gelohnt? Wie blicken die Kolleg:innen auf die Bilanz des Kampfes?

[...] Positiv ist, dass wir es geschafft haben, unterschiedlichste Beschäftigungsbereiche in den Vertrag aufzunehmen. Krankenhaus ist Teamarbeit und überall herrscht Personalmangel. Es war also kein reiner Pflegestreik, wie es häufig verkürzt dargestellt wird. Auch ist es mit den sechs Unikliniken in NRW der erste Entlastungstarifvertrag in der Fläche. Leider ist bei den Ergebnissen eine klare Trennlinie zwischen den von den Krankenkassen refinanzierten Bereichen, wie der Pflege am Bett, und den nicht refinanzierten, wie z. B. Ambulanzen, Transportdienst oder Labor zu sehen. [...] Und viele kämpferische Kolleg:innen arbeiten in diesen Bereichen. Die Ergebnisse für die Pflege am Bett sind ein guter Schritt nach vorne. Von der Umsetzung sind wir aber noch weit entfernt. Wie zu befürchten war, treten die Arbeitgeber auf die Bremse. [...][2]

Und wenn er dann doch einmal in Kraft tritt, wie bewertest du den TV-E? Wo siehst du seine Stärken und Schwächen?

Eine große Stärke des Arbeitskampfs war das beteiligungsorientierte Streikkonzept mit Teamdelegierten und ständiger Rückkopplung zur Basis. Bereits die Forderungsfindung war basisorientiert.[3] [...] Wir dürfen nicht den Sinn und Zweck des Arbeitskampfs vergessen, nämlich dass die Umsetzung am Arbeitsplatz ankommen soll. Wir haben nicht für freie Tage gestreikt oder für die Auszahlung nicht genommener freier Tage, sondern für bessere Arbeitsbedingungen und damit auch für eine bessere Versorgungsqualität. Wenn sich die Arbeitgeber durch Auszahlung von Entlastungstagen freikaufen können, verringert sich der Druck für den Personalaufbau. Zur Erreichung der vereinbarten Verhältniszahlen Pflege zu Patient:innen können auch Bettenschließungen den Druck erhöhen.

[...] Mittelfristig sollten m. E. sämtliche Bereiche in den Kliniken refinanziert und langfristig die Fallpauschalen zugunsten eines Selbstkostendeckungsprinzips[4] abgeschafft werden. [...] Wollen wir ein an Profitmaximierung ausgerichtetes oder ein bedarfsgerechtes und gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem? Diese Frage sollten auch die Gewerkschaften gemeinsam an die Gesellschaft herantragen.

Vor der Tür steht allerdings erstmal die Tarifrunde der Länder. Gibt es Hoffnungen auf Bewegung? Was würdest du dir für die Auseinandersetzung wünschen?

Angesichts des schwachen Ergebnisses hinsichtlich Gehaltserhöhung, Laufzeit und einer Türöffnung in Richtung Arbeitszeiterhöhung kommt eine Neuauflage der TVÖD-Runde nicht in Frage. Wichtig ist die Einigung auf klare, starke und verständliche Forderungen, die von der Basis getragen wird. Dazu muss eine breit angelegte Forderungsbefragung der Kolleg:innen organisiert werden. Bis zum Herbst/Winter gilt es, Stärke aufzubauen, um eine hohe Streikbeteiligung zu erreichen. Wir müssen auch die Solidarität der Bevölkerung gewinnen. Es geht um die Zukunft des öffentlichen Dienstes und des Gemeinwohls. ■

Interview: Ruth Lidenbrock, Düsseldorf

Fußnoten

1 Name geändert (AdR)

2 Wie die Umsetzung bisher (nicht) läuft, ist in der ungekürzten Version auf der Website nachzulesen.

3 Zum Streik von 2022 siehe ausführlicher auch dieses Interview: www.sozialismus.click/eindruecke-eines-von-den-streikenden-selbstkontrollierten-streiks/

4 Dieses Prinzip galt bis 1992: Die Behandlungs- und Betriebskosten (Selbstkosten) wurden durch

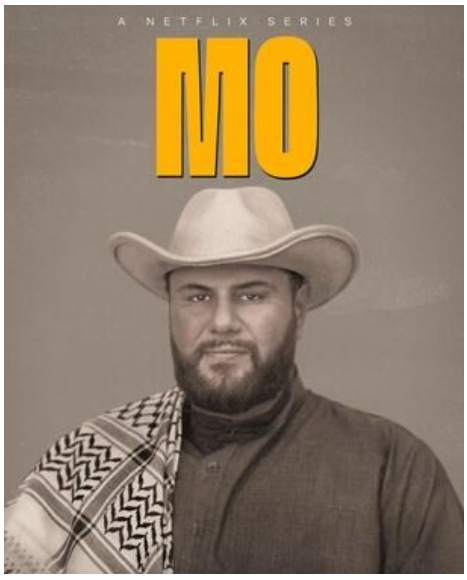
„Mo“ auf Netflix

Mo ist Palästinenser und lebt mit seiner Mutter und seinem Bruder in Houston. Als Kind hatte er mit seiner Familie erst nach Kuweit und dann in die USA flüchten müssen. Der Asylantrag der Familie läuft allerdings schon seit 22 Jahren, das heißt: keine Staatsbürgerschaft, kein Pass und keine Arbeitserlaubnis.

Aber dafür hat Mo jede Menge gute Freunde, seine palästinensische Familie, seine mexikanische Freundin Maria (Inhaberin einer Autowerkstatt) und viel Stolz auf seine palästinensischen Wurzeln. Und Überlebenswillen. Braucht er auch angesichts des völlig entmenschlichten Einwanderungssystems in den USA. Aber immer, wenn es mal wieder zu übel wird (das ist ständig), sorgt das Drehbuch für genau den Humor, den es braucht, um nicht in schwerfällige Dramatik zu verfallen.

Der palästinensische Komiker Mohammed Mustafa Amer, der selbst die Figur des Mo spielt, hat sich für diese Sitcom von seiner eigenen fast 20-jährigen Geschichte inspirieren lassen, in der er um einen legalen Flüchtlingsstatus gekämpft hat.

Die erste Staffel beginnt damit, wie Mo seinen Job im Handyladen verliert, weil die Einwanderungsbehörde ICE mal wieder Razzia auf Migrant:innen macht und sein Boss kalte Füße bekommt. Er versucht sich mit dem Verkauf von Kopien von Gucci-Taschen und anderem Kram über Wasser zu halten. Dann wird er angeschossen, während er in einem Supermarkt mit einer Verkäuferin über palästinensisches Olivenöl palavert (das Beste!) und Katzenfutter kauft. Aber als „illegaler“ Migrant hat er keine Krankenversicherung... Mo nutzt Humor, um mit den gefährlichen und ungerechten Umständen fertig zu werden, mit denen er ständig konfrontiert ist, weil er illegale Jobs annehmen muss und keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hat. Humor ist auch nötig angesichts der Geschichte des palästinensischen Volkes, die in der Geschichte von Mo's Familie auf verschiedene Weise nach und nach an die Oberfläche drängt.



Anfang diesen Jahres kam die zweite Staffel raus. Die Fortsetzung beginnt damit, dass Mo sich in Mexiko durchschlagen muss, nachdem er gegen seinen Willen in einem Laster über die Grenze zwischen den USA und Mexiko verfrachtet wurde. Eigentlich wollte er nur die geklauten Olivenbäume retten, die die wirtschaftliche Grundlage sind für das inzwischen erfolgreiche Olivenöl-Geschäft der Mutter der Marke: „1947“. Ohne Pass kann Mo aber nicht in die USA zurück. Er ist gezwungen, sich mit kleinen Jobs durchzuschlagen, unter anderem mit dem Verkauf der von ihm kreierten Falafel Tacos. Als der letzte Versuch einer legalen Rückkehr in die USA daran scheitert, dass Mo nicht die Klappe halten kann, als der Botschafter die Besatzung Palästinas durch Israel nicht als das bezeichnen wollte, was es ist, sondern als „Konflikt“, bleibt nur die Möglichkeit illegaler Überquerung der us-amerikanischen Grenze. Denn nach 22 Jahren soll endlich der Gerichtstermin über den Asylantrag stattfinden! Staffel 2 endet mit dem bewegenden Besuch von Mo's Familie im Westjordanland. Die Apartheid des israelischen Staates zeigt die Serie genauso wie die Gewalt der Siedler. Mo's ewige Alpträume, in denen es um „den Schlüssel“ geht, erfahren die Auflösung des Rätsels. Wieder schaffen es die Produzenten, mit viel Humor, die gefährlichen und ungerechten Situationen aufzulösen. Die Serie endet exakt am 6. Oktober 2023.

» Mo nutzt Humor, um mit den gefährlichen und ungerechten Umständen fertig zu werden, mit denen er ständig konfrontiert ist. «

Mos Geschichte ähnelt der von mindestens 11 Millionen Menschen, die ohne Papiere und Rechte in den USA leben. Die Serie ist voller Anspielungen und Geschichten, die ein Bild über deren schwierige Lage geben. Mo's Geschichte ist aber auch eine des palästinensischen Volkes. In dieser Serie erfahren wir, was die mit der Schaffung des Staates Israel verbundene Vertreibung und Besatzung Palästinas für Millionen Menschen bedeuten. Wer beide Staffeln zu Ende schaut, wird auch einiges gelernt haben über gutes Olivenöl, Hummus, Falafel und anderes gutes Essen, über den Reichtum an Kultur und Musik. ■

Sabine Müller, Berlin

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/WIRmachenDRUCK
Verantw. Redakteur: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildungsgesellschaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 12059 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Berlin
19:00 Uhr | Mehringhof, Gneisenaustr. 2A, Blauer Salon
Do, 19. 06. Offenes Treffen zur Vorbereitung weiterer Veranstaltungen

Düsseldorf
19:00 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstraße 53
Do, 05. 06. Internationalismus leben
Do, 12. 06. Was ist der Staat?
Do, 26. 06. Schule im Kapitalismus
Do, 03. 07. Imperialismus Begriff heute
Do, 10. 07. Kämpfe verbinden

Internationales Sommercamp in Spanien

30. 07. bis 03. 08. Lerne unsere internationale Strömung kennen! Vier Tage Austausch und Debatten mit Revolutionär:innen aus Frankreich, USA, Griechenland, Spanien, Österreich und Deutschland.
Infos unter: camp2025.sozialismus.click

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:
info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
Und in Österreich:
rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net